

GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in den Gewerkschaften!

GewerkschafterInnen, Antifas und antimilitaristische Initiativen stehen gemeinsam vor einer massiven Herausforderung: Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer stärker forciert.

■ Seit Mitte der 90er Jahre führt die Bundeswehr Kriege (gegen Ex-Jugoslawien, Afghanistan). Dabei geht es um imperiale deutsche Interessen, Rohstoffe, Absatzmärkte, Handelswege... Weit über 300.000 Bundeswehr-Angehörige wurden seit Beginn der 1990er Jahre ins Ausland entsandt. Gegenwärtig befindet sich die Bundeswehr auf drei Kontinenten in zwölf Kriegseinsätzen mit über 7.000 Soldaten im Einsatz. In Afghanistan und in Kosovo ist die Bundeswehr seit Jahren Besatzungsarmee. In Kundus hat die Bundeswehr am 4. September 2009 ein Massaker mit über 100 Ermordeten veranlasst.

■ Der Bundeswehr-Einsatz nach innen ist fest verankert und wird ebenfalls forciert: Die Bundeswehr soll eingesetzt werden, wenn es zum „Notstand“ für die Herrschenden kommt. Ganz offiziell wird die Niederschlagung von Streiks der ArbeiterInnen und anderer Proteste trainiert. Beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder beim NATO-Gipfel in Baden-Baden 2009 kam bereits die Bundeswehr nach innen zum Einsatz.

■ 2011 haben die deutschen Rüstungsexporte gegenüber dem Vorjahr um 50% zugenommen (auf über 2 Mrd. Euro), davon allein 400 Mio. nach Griechenland. Deutschland ist weltweit auf Platz 3 der Rüstungsexporteure.

■ Damit einher geht die umfassende Militarisierung nach innen. Unter den Schlagworten der „vernetzten Sicherheit“, der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“, des „Heimatschutzes“, von „Partnerschaften“ mit Betrieben, Kommunen und Bildungseinrichtungen drängt die Bundeswehr in alle gesellschaftlichen Bereiche. Zugleich betreibt die Bundeswehr eine enorme Propaganda-Offensive in den Arbeitsämtern, den Schulen und Hochschulen, um Soldaten zu rekrutieren. Öffentlichkeitswirksame Auftritte werden veranstaltet, bei denen auch Kinder schon mal mit Kriegsgeschütz „spielen“ dürfen.

Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung



Protestaktion am 1. September 2009 in Hannover. Als der DGB den Antikriegstag in Kooperation mit der Stadt Hannover veranstaltete, waren in Hannovers Rathaus Transparente und Flugblattverteiler verboten. Hannovers Bürgermeister begrüßte auch zwei hohe Offiziere der 1. Panzerdivision, der „Partnerschaftsdivision“ der Stadt Hannover, als angebliche Kämpfer für den Frieden. Dagegen wurden Transparente entfaltet, hunderte Schnippsel mit antimilitaristischen Parolen und einige Flyer regneten auf die Anwesenden.

Es gibt Proteste und Aktionen gegen die Bundeswehr, an denen sich auch GewerkschafterInnen und Antifas beteiligen: Gegen den Nato-Gipfel 2009 in Baden-Baden, gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München, gegen Gelöbnisse und Bundeswehr-Werbung in Arbeitsämtern, Schulen und Hochschulen („Bundeswehr wegtreten“), gegen Rüstungsexporte, gegen das Bundeswehr-„Sommer-Biwak“ in Hannover usw. Wiederholt wurde auch bekannt, dass Bundeswehr-Einrichtungen angegriffen wurden.

Tatsache ist jedoch auch: Die berechtigten Proteste sind schwach. Vor allem gibt es auch kaum Widerstand aus den Betrieben und in den Betrieben. Das hängt sehr eng mit der Rolle der DGB-Gewerkschaften zusammen.

Gemäß der „Beschlusslage“ scheint es vielen so, dass die DGB-Gewerk-

schaften im Großen und Ganzen gegen Kriegspolitik und Militarismus stehen. Doch die genauere Betrachtung bringt anderes zum Vorschein.

Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr

Die nachfolgenden Beispiele zeigen: Es stellen sich keineswegs „die“ DGB-Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Militarisierung. In Wirklichkeit gibt es einen tiefen Gegensatz zwischen der DGB-Führung und ihrem bürokratischen Apparat und GewerkschafterInnen, die sich antimilitaristisch engagieren.



DGB-Chef Sommer am 8.3.2011 in der Bundeswehr-Hochschule „im Gespräch“ mit zwei Generälen der Bundeswehr

- **DGB-Chef Sommer: „Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“**

In einer Rede am 8. März 2011 an der Bundeswehr-Universität in Hamburg bekräftigte DGB-Chef Sommer das Bekenntnis der DGB-Führung zur Bundeswehr. Früher, so Sommer, war für die Arbeiterbewegung klar, dass das Militär ein „Instrument der Unterdrückung“ gewesen sei. Heute hätten die Gewerkschaften „ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“. Sommer präsentierte zugleich seine Vorschläge für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr, z. B. zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Kreisstellen der Gewerkschaften und Dienststellen. Ebenso befürwortete Sommer die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundeswehrverband. (siehe www.hsu-hh.de 11.3.2011)

- **Nicht vergessen: Das „Ja“ des DGB-Bundesvorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999**

Nachdem es zuvor schon verschiedene Militäreinsätze der Bundeswehr in anderen Ländern gegeben hat, ließ der deutsche Staat beim Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999 zum ersten Mal seit 1945 wieder seine Soldaten morden. Fest an seiner Seite stand die DGB-Führung, die ihr „Ja“ zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien verkündete. Nachdem die verlogene Kriegspropaganda der deutschen Regierung nachgeplappert wurde, heißt es in der Erklärung des DGB-Bundesvorstands vom 6. April 1999:

„Vor diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen.“ (Zitiert nach „Ossietsyk“ Nr. 11/2009)

Dieses „Ja“ der DGB-Führung zum deutschen Aggressionskrieg gegen Ex-Jugoslawien ist unserer Meinung nach damals und auch später viel zu wenig beachtet, entlarvt und angegriffen worden.

- **ver.di: „... bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr“**

In den letzten drei Jahren sind vor allem die folgenden zwei Beispiele hervorstechend:

- An dem berechtigten Protest „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem „Hessentag“ 2011 beteiligten sich am 13.06. und am 18.06.2011 u. a. auch die DGB-Jugend Hessen, die GEW-StudentInnengruppe Frankfurt und ver.di Fachbereich 5 Bezirk Frankfurt. Auch in dem Organ von ver.di in Hessen „ver.di mainletter“ 02-2011 wurde zu den Protesten aufgerufen.

Dagegen gab es sogleich einen Aufschrei der „Bundeswehrkameraden“ des Deutschen Bundeswehrverbands. Die ver.di-Führung verurteilte umgehend den Artikel sowie die Teilnahme von ver.di-Mitgliedern an den Protesten.

Ver.di-Chef Bsirske versicherte: *„Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird.“* (ver.di Bund und Länder Newsletter 02/2011)



ver.di und Bundeswehr - das geht doch!

Stellungnahme zum Artikel „Hessentag ohne Bundeswehr“ (ver.di mainletter 02-2011, Seite 4)

„Wer die Bundeswehr wie die Hessische ver.di Gliederung des FB 5 beseitigt wissen will, will eine andere Gesellschaftsform als die freiheitlich demokratische Grundordnung, für die die Bundeswehr als Ganzes steht.“ (ver.di Main-letter Nr. 3/11, S.4)

- Am 7.2.2009 hielt ein Vertreter der ver.di-Jugend bei der Auftaktkundgebung der Demonstration gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München eine Rede, bei der er die Angriffskriege der Bundeswehr und die Militarisierung im Inneren angegriffen hat. Umgehend distanzierte sich die ver.di Führung. Die „Bundesfachgruppe Bundeswehr – Bund und Länder von ver.di“ schrieb:

„Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr.“

In der offiziellen Stellungnahme der „ver.di Landesfachgruppe Bundeswehr“ heißt es unter der Überschrift „ver.di und Bundeswehr – das geht doch!“:

VER.DI STEHT ZU EUCH UND ZUR BUNDESWEHR!

LIEBE SOLDATINNEN UND SOLDATEN, LIEBE KOLLEGINNEN, UND KOLLEGEN,

die Aktionen der Jugend u. a. in München haben hohe Wellen geschlagen. Zahlreiche Soldatinnen und Soldaten und Beschäftigte der Bundeswehr fühlen sich aus verständlichen Gründen diskreditiert.

Es handelte sich um Aktionen, die weder von ver.di inhaltlich unterstützt noch mitgetragen werden. Dies haben wir

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr. Die Bundeswehr hat eine hohe gesellschaftliche Verantwortung zu tragen.



Bund und Länder Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

• IG Metall-Führung für Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte

Eine vom Vorstand der IG Metall in Auftrag gegebene Studie propagiert, dass die deutsche Kriegsschiffproduktion erhalten und ausgebaut werden soll. Die IG Metall bekennt sich darin zum „Umbau“ der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee und fordert eine drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. In Anlehnung an die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des deutschen Staates spricht sich die Studie dafür aus, die „Einsatzfähigkeit“ der Kriegsmarine gegen die „Bedrohung des freien Warenverkehrs“ rüstungspolitisch sicher zu stellen. Gefordert wird ebenso die „Exportfähigkeit“ deutscher Waffen zu gewährleisten. Das geschieht unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung. Damit propagiert die IG Metall-Führung, dass die

ArbeiterInnen die imperialistische Expansion ihrer „eigenen“ Ausbeuter unterstützen sollten, dass sie mit diesen in einem Boot sitzen würden. Das ist faktisch „Volksgemeinschafts“-Ideologie.

Nachdem diese Studie bekannt gemacht worden ist, hat es innerhalb und außerhalb der IG Metall Proteste gegeben. An der Position der IG Metall-Führung hat das nichts geändert. Die Proteste wurden mit üblen Beschimpfungen der Kritiker abgeschmettert.

Zwei diametral entgegen gesetzte „gewerkschaftliche Traditionen“

Zu Recht schreibt der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin in seiner Stellungnahme gegen die Unterstützung der deutschen Rüstungspolitik durch die IG Metall-Führung:

„Der Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer zwei gewerkschaftliche Traditionen gegeben hat. Die eine unterstützte Krieg und Rüstung. Noch im 1. Weltkrieg hielt diese Richtung dem Kaiser die Treue, bis er dann das Weite suchte. Die Gegentradition wurde durch den internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung begründet. Dafür stehen Namen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.“

Allerdings macht es keinen Sinn, wenn der Arbeitskreis Internationalismus im Anschluss daran an die Führung der IG Metall appelliert, diese mögen sich doch bitte auf die richtige Tradition besinnen und „sorgfältiger darauf achten, dass diese Orientierung nicht in Zweifel gezogen werden kann.“ Die zwei entgegen gesetzten gewerkschaftlichen Traditionen und Orientierungen gibt es auch heute. Die angeführten Beispiele zeigen, in **welcher** Tradition die DGB-Führung steht.

In dem Zusammenhang gilt es auch daran zu erinnern: Bereits zu Beginn der 50er Jahre hatte sich der Bundesvorstand des DGB für die „Wiederbewaffnung“ Westdeutschlands ausgesprochen. Der damalige DGB-Vorsitzende Fette erklärte damals, dass „die Frage der militärischen Sicherheit und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eins“ seien. (zitiert nach Deppe/Fühlbert/Harrer, „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Köln 1977, S.330)

Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext

Wir fordern:

- Bundeswehraufträge tragen zum Erhalt der international herausgehobenen wehrtechnischen Kernfähigkeiten auf dem Gebiet des Marineschiffbaus und der Marinetechnik bei. Dies sowohl bei den Finalproduzenten als auch bei den Zulieferern. Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung. In den Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus, den nicht atomaren U-Booten, den Fregatten und Korvetten und darüber hinaus den Spezialschiffen, wie Forschungsschiffe, Einsatzgruppenversorger beziehungsweise Küstenpatrouillenboote etc., gilt es, technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen. Dies kann nach Auffassung der IG Metall nur gelingen, wenn neben dem vorher genannten Produktmix von ziviler und militärischer Fertigung, die Frage der Exportfähigkeit der

Wolfgang Rhode

geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall

Jutta Blankau

Betriebsleiterin der IG Metall Küste

Karl Liebknecht über kapitalistischen Militarismus und Armee

„Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf, einmal um die Absatzmärkte, sodann um die Gebiete mit besonders günstigen natürlichen Produktionsbedingungen und mit besonders wertvollen, für die kapitalistische Produktion geeigneten Naturschätzen und Arbeitskräften, und damit ein Werkzeug zur Ausraubung der Völker (...) Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. (...) Kirche und Schule, Wissenschaft und Kunst werden von den herrschenden Klassen in den Dienst gestellt, um im Proletariat nach Kräften denjenigen Geist, diejenige Gesinnung zu sichern und zu erzeugen, die ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wünschenswert erscheinen. Die Klassenjustiz dient als Gewaltmittel zum gleichen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Polizei und Gendarmerie sind Spezialtruppen mit derselben Aufgabe. Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despotien.“

(Karl Liebknecht, Der Militarismus, Thesen, Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Kopenhagen 4. und 5. September 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Band III, S- 469-475)

Fakt ist: Es geht nicht nur um einzelne Verfehlungen, sondern um die fest verankerte Einbindung der DGB-Gewerkschaften in die imperialistische Kriegspolitik und Militarisierung, ja in die Verteidigung des Kapitalismus und der Bundeswehr als seiner Stütze. Wenn wir den antimilitaristischen Kampf konsequent verstärken wollen, dann darf diese bewiesene Rolle der DGB-Führung und ihres Anhangs im „Netzwerk“ der zunehmenden Militarisierung keinesfalls ausgeklammert oder in Schutz genommen werden. Ohne der Gewerkschaftsführung irgendetwas zu schenken, dürfen wir uns dabei auch nicht von verschwommenen „Antikriegs“-Resolutionen auf Gewerkschaftstagen einlullen lassen.

Die Rote Aktion Kornstraße hat in ihrem Flugblatt „Heldengedenken am 1. Mai?“ die Bedeutung betont, „dass sich in Zukunft GewerkschafterInnen wieder stärker gegen Krieg und Militarisierung engagieren; in den Gewerkschaften selbst, aber auch außerhalb.“

Das gilt unserer Meinung nach auch für Antifas. In der Tat geht es um die Entwicklung eines **gemeinsamen** Kampfes von GewerkschafterInnen, Antifas und antimilitaristischen Initiativen gegen Kriegspolitik und Militarismus, der wirklich in der antimilitaristischen Tradition von Rosa und Karl steht.

Machen wir den Kampf gegen die Bundeswehr und gegen den deutschen Militarismus unbedingt zum Thema, in den Betrieben, Hochschulen und Schulen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in Erwerbslosen-Initiativen und in Antifa-Gruppen.

Konkrete antimilitaristische Aufklärung und kämpferische Aktionen gegen die Bundeswehr sind dringend nötig.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Kommt am 4.2.2012 zur Demonstration gegen die Nato-„Sicherheitskonferenz“ in München!

Bisher erschienene Broschüren der GewerkschafterInnen und Antifa gegen Dummheit und Reaktion:

- **Dokumentation über die antisemitisch-nationalistische Titelseiten-Karikatur der IG-Metall-Zeitung von Mai 2005 und die Reaktionen darauf** (August 2005, 2. Auflage 2006) 48 Seiten, 2 €
- **Was man über Lafontaine wissen sollte. Materialien zu seinen reaktionären Positionen** (Sept. 05) 12 S., 0,50 €
- **Gegen den deutsch-nationalistischen Taumel zur Fußball-WM 2006: REPRINT – Sondernummer der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ) vom Juli 1936 – ein Dokument zur Entlarvung der Nazi-Olympiade 1936 in Berlin** (Juni 06) 16 Seiten, 1 €
- **Gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, gerade auch in den Gewerkschaften! Dokumente und Materialien von kritischen Mitgliedern der IG BAU, IG Metall, ver.di, und GEW** (April 2010) 40 Seiten, 2 €
- **Nur Fußball? Ein Nachtritt. Eine Dokumentation zur Fußball-WM 2010. Dokumente zum deutschen Nationalismus und zum Kampf dagegen** (August 2010) 28 Seiten, 2 €

Bestellungen bei der unten angegebenen Kontaktadresse

Wir planen eine Dokumentation über die Unterstützung der deutschen Kriegspolitik und Militarisierung durch die DGB-Führung und den Kampf dagegen zu erstellen. Wir würden uns freuen, wenn sich KollegInnen und GenossInnen daran beteiligen würden, z. B. durch Material, Beiträge und Berichte über eigene Aktionen und Erfahrungen

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Infoladen Bremen, St. Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen, oder: email: gewantifa@yahoo.de

Unsere bisherigen Flugblätter sind auch nachzulesen im Internet unter: www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html